

Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I, Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

9. Juli 1951

Blatt 1237

Bürgermeister Jonas - Obmann des Städtebundes
=====

9. Juli (Rath.Korr.) Der Große Ausschuß des Österreichischen Städtebundes hat heute über Antrag von Vizebürgermeister Aust, Graz, den Wiener Bürgermeister Franz Jonas einstimmig zum Obmann des Österreichischen Städtebundes gewählt.

Gänsehäufel ausverkauft
=====

Besucherrekord in den städtischen Sommerbädern

9. Juli (Rath.Korr.) Die städtischen Sommerbäder hatten Sonntag insgesamt nicht weniger als 72.000 Besucher aufzuweisen. Allein 31.000 Badegäste besuchten das neue Gänsehäufel. Ab 11 Uhr konnten nur mehr Mitbenützungskarten ausgegeben werden. Zum ersten Mal seit seinem Bestehen war das neue Gänsehäufel vollkommen ausverkauft. Trotzdem konzentrierten sich die Badelustigen nur an bestimmten Stellen, während Ruhebedürftige immer noch ein verhältnismäßig stilles Plätzchen finden konnten. Das Wellenbad allerdings war eine einzige Menschenwooge. Die Leute standen jedesmal wenn die Wellenmaschine lief, wie in der Straßenbahn Kopf an Kopf und ließen sich von den Wellen heben und senken.

Die große Anziehungskraft des Gänsehäufels wirkte sich auf den Besuch in den anderen städtischen Bädern aus. Obwohl auch sie sehr guten Besuch hatten, waren die übrigen städtischen Bäder nicht ausverkauft. Nach den Meldungen der Bäderdirektion befanden sich im Kongreßbad 6000 Besucher, ebenso viele im Klosterneuburger Strandbad und je 5000 Badegäste in Kritzendorf und im Strandbad Alte Donau. Glücklicherweise ist es trotz dem Massenbetrieb zu keinem schwereren Unglücksfall in den städtischen

Bädern gekommen.

Auch die Straßenbahner "genossen" den Badesonntag "in vollen Zügen". Besonders stark frequentiert waren die Linien C, 24R und P, die zum Gänsehäufel führen. Aber auch die Gänsehäufel-Autobusse ab Oper wurden gerne benützt. Fast ohne Intervalle führen die Züge über die Reichsbrücke. Insgesamt wurden rund 1.5 Millionen Fahrgäste im Laufe des Sonntags auf der Straßenbahn und Stadtbahn befördert.

Kindertransporte der städtischen Erholungsfürsorge
=====

9. Juli (Rath.Korr.) Wie das Wiener Jugendhilfswerk mitteilt, kommen die Kinder, die am 13. Juni von der städtischen Erholungsfürsorge in das Kindererholungsheim "Villa Kellermann" und die Kinder, die am 13. Juni in das Kindererholungsheim "Villa Bitzinger" gebracht wurden, am Mittwoch, dem 11. Juli, in Wien an.

Die Eltern werden gebeten, die Kinder aus der "Villa Kellermann" um 10.30 Uhr, und die Kinder aus der "Villa Bitzinger" um 13 Uhr von Wien 1., Rathaus, Eingang Lichtenfelsgasse, abzuholen.

Außerordentlicher Städtetag in Wien
=====Die Stellungnahme zur Gewerbesteuerreform und der Bedeckung des Mehraufwandes aus dem 5. Lohn- und Preisabkommen

9. Juli (Rath.Korr.) Heute vormittag fand im Gemeinderatssitzungssaal des Wiener Rathauses ein außerordentlicher Städtetag statt. Als Gäste waren Nationalräte der SPÖ, ÖVP und WdU sowie Vertreter des Innen- und Finanzministeriums anwesend. Vizebürgermeister Honay eröffnete die Tagung und hielt zunächst einen tief empfundenen Nachruf für den verstorbenen Villacher Bürgermeister Petschnik. Dann teilte er dem Städtetag mit, daß der Große Ausschuß des Städtebundes den Bürgermeister von Wien, Jonas, an Stelle des Bundespräsidenten Dr.h.c. Körner zum neuen Obmann des Österreichischen Städtebundes gewählt hat. Bürgermeister Jonas übernahm dann den Vorsitz des außerordentlichen Städtetages und dankte den Delegierten für ihr Vertrauen.

Das Hauptreferat hielt Stadtrat Resch. An Hand von Ziffern erbrachte er den Beweis, daß die österreichischen Städte die beabsichtigte Gewerbesteuerreform finanziell und wirtschaftlich nicht ertragen könnten. Seit dem Jahre 1947, in dem die Abgabenteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden beschlossen wurde, hat sich zugunsten des Bundes vieles wesentlich geändert. Die Ausführungen von Stadtrat Resch gipfelten in der Erklärung, daß die Länder und Gemeinden trotz des großen Verständnisses, das sie dem Bund gegenüber stets beweisen, die neuen Lasten nicht auf sich nehmen können.

Die Ausführungen des Referenten wurden mit Beifall aufgenommen und fanden die Zustimmung der Debattenredner Bürgermeister Dr. Steingötter (St.Pölten), Bürgermeister-Stellvertreter Dr. Scherleitner (Linz), Bürgermeister Wehrl (Wr. Neustadt), Vizebürgermeister Katzian (Klagenfurt), Stadtrat Schmid (Graz), Stadtrat Rachbauer (Linz) und Stadtrat Dkfm. Nathschläger (Wien). Der Städtetag nahm dann einstimmig eine Resolution folgenden Wortlautes an:

Der am 9. Juli 1951 in Wien tagende außerordentliche Städtetag hat die im Parlament zur Verhandlung stehenden Fragen der Gewerbesteuerreform und der Bedeckung des Mehraufwandes aus dem

5. Lohn- und Preisübereinkommen eingehend geprüft.

In der Frage der Reform der Gewerbesteuer wiederholt der Österreichische Städtebund seine bereits mehrfach zum Ausdruck gebrachte Bereitschaft, die Ansätze der Gewerbesteuer zu Gunsten des Kleingewerbes abzuändern. Er warnt aber nachdrücklich davor, daß durch diese Reform gleichzeitig auch die Gewerbesteuer der Unternehmungen mit hohem Gewerbeertrag herabgesetzt werde. Diese Steuerbegünstigung der Großbetriebe würde den Ertrag der Gewerbesteuer, die eine der tragenden Säulen der Gemeindefinanzen ist, schwerstens beeinträchtigen, in vielen Gemeinden sogar auf weniger als die Hälfte herabdrücken.

Der Städtebund ist bemüht einen Weg zu finden, der sowohl den berechtigten Wünschen des Kleingewerbes, wie auch den finanziellen Erfordernissen der Gemeinden Rechnung trägt. Er hat mehrere Varianten einer neuen Skala der Gewerbesteuer ausgearbeitet, die dem Kleingewerbe Erleichterungen bringen, die zum Teil über die Vorschläge des Initiativantrages Lakowitsch-Kostroun sogar hinausgehen, jedoch die gleichzeitig eintretende Senkung der Gewerbesteuer der Großbetriebe vermeiden und dadurch für die Gemeinden noch finanziell tragbar sein würden.

Nun stehen allen Gemeinden Österreichs auch noch schwere neue Belastungen aus dem 5. Lohn- und Preisabkommen bevor. Sie werden verhältnismäßig nicht geringer sein, als die Belastungen des Bundes und der Länder, weil die Gemeinden neben den Erhöhungen des Personalaufwandes auch den erhöhten Fürsorgeaufwand für ihre Kinder, Mütter und Greise und den erhöhten Sachaufwand zu tragen haben werden. Die geplante Bedeckung dieser Mehraufwände aber benachteiligt die Gemeinden auf das schwerste. Es soll die Umsatzsteuer um ungefähr 50 % und die Mineralölsteuer um ungefähr 80 % erhöht werden. Nach den derzeit bestehenden Verteilungsschlüsseln erhalten die Gemeinden bei der Umsatzsteuer $1/9$, die Länder $2/9$ und der Bund $6/9$ des Mehrertrages. Die Mineralölsteuer wird überhaupt nur zwischen Bund und Ländern geteilt. Die Gemeinden erhalten vom Mehrertragnis nichts.

Es ist offensichtlich, daß eine solche Verteilung der zur Bedeckung herangezogenen Steuern für die Mehrkosten der Gemeinden unmöglich ausreicht. Der Städtebund stellt daher fest, daß die Gemeinden unter diesen Umständen nicht in der Lage sein werden,

die ihnen verfassungsmäßig zukommenden Aufgaben zu erfüllen.

Er fordert entweder eine Neuverteilung der Umsatz- und der Mineralölsteuererträge zu Gunsten der Gemeinden, oder, falls dies wegen der finanziellen Lage des Bundes nicht möglich sein sollte, die Einführung von Zuschlägen auf andere gemeinschaftliche Bundessteuern zu Gunsten der Gemeinden. Solche Zuschläge wären nach der Meinung des Städtebundes bei der Umsatzsteuer, der Kraftfahrzeugsteuer und der Biersteuer möglich. Die Gemeinden fordern weiters eine Erhöhung der Umsatzsteuer auf Luxuswaren zu ihren Gunsten.

Der Städtebund richtet an den Nationalrat das dringende Ersuchen, über diese die Lebensinteressen aller Gemeinden treffenden Finanzprobleme nicht zu entscheiden, ohne die Vertreter der Gemeinden angehört zu haben. Er richtet an die Nationalräte aller Parteien den eindringlichen Appell, bei diesen Beratungen die Interessen ihrer Gemeinden nicht im Stich zu lassen; er fordert sie auf, die Novelle zur Gewerbesteuer in dem Rahmen zu halten, der durch ihre Begründung vorgezeichnet erscheint: Eine Hilfe für das Kleingewerbe zu sein; und die vom Städtetag aufgezeigten Wege zur Bedeckung der den Gemeinden aus der bevorstehenden Lohn- und Preisregelung erwachsenden Mehrausgaben zu beschreiten. Der Städtetag lenkt die Aufmerksamkeit der Bundesregierung und des Nationalrates auf die Gefahren, die ein Zusammenbruch der Gemeindefinanzen für die Beschäftigung des Gewerbes, der Arbeiter und Angestellten mit sich bringen würde. Die Vollbeschäftigung und der soziale Friede hängen nicht zuletzt von der Leistungsfähigkeit der Gemeinden, der kleinsten und daher empfindlichsten Zellen des Staates, ab, die ihre vielseitigen und für das Wohl der Bevölkerung so bedeutsamen Aufgaben nur dann weiterhin erfüllen können, wenn sie finanziell gesichert sind.

Nächster Internationaler Städtekongreß in Wien

Vizebürgermeister Honay referierte dem Städtetag über den Verlauf des Internationalen Städtekongresses in Brighton. Er machte die Mitteilung, daß Wien zum nächsten Kongreßort des Internationalen Städtebundes bestimmt wurde. Dieser große Internationale Kongreß wird im Jahre 1953 stattfinden.

Vizebürgermeister Honay, der als Vertreter des Österreichischen Städtebundes der großen Ausstellung "Constructa" in Hanno-

ver beiwohnte, berichtete dann über die außerordentliche Anerkennung, die sämtliche österreichische Ausstellungsobjekte in Hannover gefunden haben. Auch bei dem zum Wochenende in München stattgefundenen deutschen Städtetag, an dem unter Führung von Vizebürgermeister Honay eine Abordnung österreichischer Städte teilgenommen hat, wurden die österreichischen Delegierten herzlich aufgenommen.

Rinderhauptmarkt vom 9. Juli

=====

9. Juli (Rath.Korr.) Unverkauft: 2 Ochsen, Summe 2. Auftrieb Inland: 216 Ochsen, 226 Stiere, 563 Kühe, 165 Kalbinnen, Summe 1170. Gesamtauftrieb: 218 Ochsen, 226 Stiere, 563 Kühe, 165 Kalbinnen, Summe 1172. Verkauft wurden: 165 Ochsen, 207 Stiere, 499 Kühe, 146 Kalbinnen, Summe 1017. Unverkauft blieben: 53 Ochsen, 19 Stiere, 64 Kühe, 19 Kalbinnen, Summe 155. Außermarktbezüge: 296 Rinder.

Bei schleppendem Marktverkehr betrugen die saisonbedingten Zuschläge zu den Stockhöchstpreisen bei Ochsen und Kühen bis zu 2.40 S, bei Stieren und Kalbinnen bis zu 2.70 S, bei Beinlvieh bis zu 1.20 S.

Sturz in einen Kabelschacht

=====

9. Juli (Rath. Korr.) Heute kurz nach mittag ereignete sich im Neuen Wiener Rathaus ein schwerer Arbeitsunfall. Der Angestellte der Fa. Siemens, Oskar Czinar, stürzte bei einer Reparaturarbeit im Halbstock fünf Meter tief in einen Kabelschacht, von wo er mit Hilfe der Feuerwehr mit Unterarmbruch und Beckenprellungen geborgen wurde. Er wurde vom Rettungsdienst in das Arbeiter-Unfallkrankenhaus gebracht.

Wolkenbruch über Wien
=====

9. Juli (Rath.Korr.) In den frühen Nachmittagsstunden ging über Wien ein schwerer Wolkenbruch nieder, der besonders im 18., 19. und 9. Bezirk schweren Schaden anrichtete.

So konnten Kanäle im 18. Bezirk die plötzlich niederstürzenden Wassermassen nicht fassen und überschwemmt die Straßen. Dadurch kam es zu einer Entgleisung der E₂ Linie in der Herbeckstraße - Ecke Salierigasse. Die Währinger Straße, Gentzgasse und Alserbachstraße glichen Flüssen.

Im 9. Bezirk bei der Alserbachstraße - Nußdorfer Straße überschwemmt der Alserbach die Straßen. Dort kam es gleichfalls zu einer Straßenbahnentgleisung der Linie 5.

Im ganzen mußte die Feuerwehr in 120 Fällen Hilfe leisten.